



# AfD

# Journal

## Frankfurt (Oder)

Auflage: 30.000 Stück

7. Ausgabe

Tel.: 0179 323 81 46

# DEUTSCHLAND IN NOT!

Im Englischen wird das mit dem Fachbegriff Failed State beschrieben: Gescheiterter Staat. Die Flagge wird verkehrt herum gehisst beim Status: Failed State.

In Deutschland erodiert alles. Explodierende Gewalt- und Massenkriminalität, wirtschaftlicher Niedergang; über 176.000 Unternehmer gaben letztes Jahr auf. Ein historischer Rekord. Große Unternehmen verlassen Deutschland oder investieren nicht mehr in den deutschen Standort. 126 Mrd. Euro Investitionskapital floss ins Ausland – soviel wie noch nie. Die Preise für Energie werden durch Steuern und Abgaben immer weiter angehoben. Somit verstärkt sich der Kapitalabfluss und Wegzug der Unternehmen ins Ausland.

Deutsche geben auf:

Die Geburtenraten sinken immer weiter. Immer mehr Bürger wandern aus oder planen konkret auszuwandern.

Der Staat hat sich aufgegeben:

Nicht verteidigungsfähig – gute Waffen werden der Ukraine geschenkt.

Die Staatsgrenzen wurden aufgegeben, Masseneinwanderung in die Sozialsysteme werden von



Regierungsparteien begrüßt.

Der Selbsthass der linken Politiker und Hass auf die Bürger werden immer offensichtlicher. Die deutsche Staatsangehörigkeit wird verramscht und somit wertlos gemacht. Nur Ausländer sollen weniger Steuern auf ihre Einkommen zahlen. Aber die Deutschen werden weiter voll ausgepresst. Von einem verdienten Euro werden 52,6 % über Steuern, Abgaben etc. abgezogen. Auf versteuerte Renten muss der Rentner Steuern zahlen. Auf versteuertes Erbe muss der Erbe Steuern zahlen. Auf versteuerte Einkommen, die in Häuser investiert werden, müssen Grundsteuern – Enteig-

nungsteuern – bezahlt werden. Geplant sind jetzt Zwangshypotheken auf abgezahlte Immobilien. Jährlich steigen die Abzüge immer weiter, ohne dass die Bürger dafür angemessene Gegenleistungen erhalten. Im Gegenteil: Das Gesundheitssystem wird immer ineffizienter und immer mehr Bürger sterben, weil Rettungskräfte nicht mehr schnell genug zum Einsatz kommen. Die Steuern und Abgaben sind die höchsten in der Welt auch die Energiepreise sind selbstverschuldet durch die Regierung auf Rekordniveau angehoben worden. Immer mehr Tötungsdelikte, weil auch hier der Staat nicht mehr handlungsfähig ist. Aber die Zeitung Compact verbieten, klingt

wie ein Witz.

Kaum mehr ein Tag in diesem Land vergeht, an dem medial nicht über Übergriffe von Menschen aus dem afro-arabischen Raum an der einheimischen Bevölkerung berichtet wird. Immer häufiger kommt es zu Vergewaltigungen, Messerattacken, Raubüberfällen und weiteren grauenhaften Übergriffen auf die friedfertigen Bürger dieses Landes – und wie eine Auswertung des Bundeskriminalamtes zeigt, spielen Nordafrikaner hierbei eine maßgebliche Rolle.

Straftaten durch Tunesier etwa sind seit dem Jahre 2019 massivst angestiegen: 53 % mehr Morde, 165 % mehr Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, 176 % mehr Diebstähle, 110 % mehr Gewaltdelikte – diese abstoßenden Zahlen sprechen für sich. Bei Marokkanern sieht es nicht besser aus; im Gegenteil: Bei Mord und Totschlag haben wir hier sogar eine Steigerung von erschreckenden 288 % sowie bei Raubüberfällen auf Straßen und Wegen von 252 %!

Die Regierung verfolgt immer mehr Bürger, die sich wehren und nicht mehr bereit sind die Ampel oder CDU zu wählen. Stattdessen wird die Presse- und Meinungsfreiheit systematisch eingeschränkt.

Wer kritische Medien verbietet schützt nicht die Demokratie, sondern er hat Angst vor der Demokratie. Immer mehr Verbote und Bürokratie behindern die Freiheit der Bürger.

Deutschlandhasser aus dem Ausland kommen als Asylanten und

verbünden sich mit Linksextremisten, um das deutsche Bürgertum zu bekämpfen. Doch der Verfassungsschutz überwacht lieber die AfD-Opposition, um die Regierung vor den Wahlen zu schützen.

Das ist einmalig in der Welt.

Deutschland war einmal ein Wissenschaftsstandort. Die Freie Lehre wurde hochgehalten. Heute geben Ideologen den Ton an und zerstören ganze Wissenschaftsgebiete. Es gibt nur noch acht Lehrstühle für Kernforschung (wir waren einmal Technologieführer in der Welt), aber 173 für „Genderstudies“ (engl. Soziales Geschlecht).

Die Welt lacht über uns.

Wacht endlich auf! Die Ein-Person-Partei der Sahara Wagenknecht ist keine Option. Sie will mit der AfD nicht zusammenarbeiten, sondern wird die Altparteien durch Koalition und als Mehrheitsbeschaffer schützen.

Schlimmer noch: Das BSW hat viel zu viele ehemalige Linke in ihren Reihen, die nichts mit Deutschland anfangen können.

Gerade 33 Mitglieder trafen sich zur Gründung Ende Mai 2024 in Schwedt, um den Landesverband Brandenburg zu gründen. Wie soll denn eine breit aufgestellte Basisarbeit stattfinden? AfD Brandenburg hat über 3.500 Mitglieder (Tendenz stark steigend).

Der Niedergang ist weder mit CDU noch BSW aufzuhalten.

Wir haben im Land Brandenburg ein Parteiprogramm, das auf 70 Seiten verfasst wurde. Ein Teil stammt auch von unserem Direktkandidaten Wilko Möller. „Es ist Zeit!“

Es geht jetzt um ALLES!

Deutschland, Brandenburg und Frankfurt (Oder) immer zuerst!

**ES IST ZEIT FÜR  
BRANDENBURG**

**WÄHLT  
WILKO  
MÖLLER**

**AfD**

[www.afd-ffo.de](http://www.afd-ffo.de)

© 2024 Wilko Möller - AfD-Fraktion (Oder) | Tel. 0376328346

# Ingolf Schneider ist tot – Ein Nachruf



tische Arbeit geschätzt wurde. Er setzte sich stets für die Belange der Bürgerinnen und Bürger seiner und unserer Heimatstadt ein und vertrat seine Überzeugungen mit großem Einsatz und großer Eloquenz. In der Stadtpolitik engagierte sich Ingolf seit 2014. Zunächst als Sachkundiger Einwohner. Ab 2019 wurde er in die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung gewählt und übernahm sogleich das umfangreiche Amt des Fraktionsvorsitzenden. Während seiner kommunalpolitischen Laufbahn war er außerdem stellvertretender Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses sowie des Jugendhilfeausschusses und des Haupt- und Ordnungsausschusses. Im Aufsichtsrat der kommunalen Frankfurter Wasser und Abwasser GmbH brachte er ebenfalls seine Expertise ein.

Sein Tod hinterlässt eine sehr große Lücke in der politischen Landschaft von Frankfurt (Oder). Wir werden Ingolf Schneider stets in ehrender Erinnerung behalten und sein Engagement für unsere Stadt und unsere Partei wird uns als Vorbild dienen.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie, seinen Freunden und seinen politischen Weggefährten. Ruhe in Frieden, lieber Ingolf.

Im Namen des Stadtverbandes Frankfurt an der Oder

Mit großer Bestürzung haben wir vom plötzlichen Tod von Ingolf Schneider erfahren. Er verstarb am 12. Juli 2024 in seiner Heimatstadt Frankfurt (Oder). Ingolf wurde am 15. August 1970 in Frankfurt (Oder) geboren und war Fraktionsvorsitzender der AfD-Fraktion sowie Mitglied im Vorstand des Stadtverbandes Frankfurt (Oder) der AfD.

Nach dem Besuch der Schule erwarb er das Abitur mit Berufsausbildung und wurde Instandhaltungsmechaniker. Nach der sogenannten Wende 89/90 studierte er in Berlin.

Ingolf war eine Persönlichkeit, die durch sein Engagement und seine Leidenschaft für seine poli-



# OB Wilke schmückt sich mit fremden Federn



AfD wirkt in Frankfurt (Oder)! Die Märkische Oderzeitung (ehemaliges SED-Bezirksparteiorgan) verschweigt den AfD-Einsatz für das neue Gerätehaus.

Unsere permanenten Hinweise und Nachfragen beim brandenburgischen Innenministerium in Bezug auf den Neubau des Feuerwehrgerätehauses im Ortsteil Booßen haben nun auch - wie im Ortsteil Rosengarten - endlich zum Erfolg geführt.

Am Sonnabend, dem 29. Juni 2024, kam Herr Innenminister Stübgen extra nach Frankfurt (Oder), um den Fördermittelbescheid zu übergeben.

Wir als AfD waren als einzige Partei vor Ort. Andere politische Kräfte interessierten sich bisher wenig für die Freiwilligen Feuerwehrkameraden. Das derzeitige Gebäude ist für die Feuerwehr kaum zumutbar und seit Jahren ein Schandfleck gewesen.

Die AfD in Frankfurt (Oder) konnte die desolaten Zustände bei der Freiwilligen Feuerwehr in den Ortsteilen Booßen und Rosengarten über den Landtagsabgeordneten Wilko Möller im Innenausschuss des Innenministeriums vortragen und so an der richtigen Stelle das Problem immer wieder thematisieren, so dass die Vertreter des Innenministeriums „genervt“ waren und

im Sinne der Feuerwehr handeln. Leider konnte Wilko Möller bei der Übergabe des Fördermittelbescheides nicht teilnehmen, weil er beim Bundesparteitag in Essen als Delegierter gebunden war. Er wurde vertreten durch die AfD-Stadtverordneten Bernd Saleschke, Michael Laurisch und den AfD-Parteimitgliedern Peter Pahl und Ulf Müller.



# Belohnung ausgezahlt



Plakatzerstörer durch aufmerksame Bürger gefasst. Dafür eine 500-Euro-Belohnung ausgezahlt.

Der AfD-Stadtverband Frankfurt (Oder) hat sehr viele Plakate verloren. Wir stellten jetzt beim Einsammeln der Plakate nach der Wahl fest, dass wir erheblich weniger einsammeln konnten, weil so viele zerstört oder gestohlen wurden. Aufgrund der massiven Zerstörungen lobten wir eine Belohnung über 500 Euro für die Ergreifung der Täter aus. Tatsächlich meldete sich eine Familie, die die Täter feststellte als diese am 11. Mai 2024 um 16:30 Uhr am Westkreuz in Frankfurt (Oder) mehrere AfD-Plakate zerstörten. Sie alarmierte die Polizei, als diese in die Straßenbahn einstieg. Die Familie führte die Polizei zur Straßenbahn, die Richtung Innenstadt fuhr. Drei Streifenbesatzungen durchsuchen die Straßenbahn und stellten die Personalien der drei Täter fest.

Dazu unser Landtagsabgeordneter Wilko Möller:

Die Angaben der Familie überprüften wir und tatsächlich bekamen wir die Strafanträge zur Unterschrift von der Polizei zugesandt. Die Daten der Täter und die Angaben der Polizei zeigten auf, dass es sich um zwei Deutsche aus Westdeutschland und einer Frau aus Frankreich handelte, die auch am sog. Camp im Wald bei Grünheide teilnahmen, um gegen Tesla zu kämpfen. Sie waren zwischen 25 und 30 Jahre alt.

Aufgrund dieses Erfolges zahlte unser Landtagsabgeordnete Wilko Möller 500 Euro an die Familie aus Brieskow-Finkenheerd aus. Das Geld stammt zum großen Teil von unserem Landtagsabgeordneten selbst und der Rest für diese Belohnung resultierte aus Spenden.

Tatsächlich gingen die Zerstörungen in der Stadt zurück.

## Impressum:

Das AfD-Journal  
für Frankfurt (Oder)  
Wilko Möller (MdL)  
Ingolf Schneider (FV) †

AfD-Stadtverband  
Frankfurt (Oder)  
AfD-Fraktion  
Frankfurt (Oder)  
Müllroser Chaussee 22  
15236 Frankfurt (Oder)

Herausgeber:  
AfD-Fraktion  
Frankfurt (Oder)

Auflage: 30.000 Stück

Verantwortlich im Sinne  
des Deutschen Presserechts:  
Wilko Möller MdL  
und Ingolf Schneider †

Tel.: 0152 01725930  
E-Mail: wilko.moeller@afd-ffo.de

**Spendenkonto:**  
AfD-Stadtverband Frankfurt (Oder)  
Deutsche Bank AG  
IBAN: DE18120700240223933300  
BIC: DEUTDEDB 160

# BSW nicht im Interesse der Bürger!

Das Bündnis Sahra Wagenknecht wurde von der ehemaligen Linken-Politikerin Sahra Wagenknecht (im Juli 2023 als Verein gegründet und seit Januar 2024 politische Partei) initiiert.

Sie vertrat, vor ihrem Austritt aus der „Linken“, die kommunistische Plattform innerhalb der Partei und galt als eine Kommunistin und Post-Stalinistin mit totalitärer Gesinnung. Sie war Teil jener Partei, welche Unterstützer des links-faschistischen Straßenterrors (ANTIFA) ist, die auch vor Gewalt gegen Personen nicht zurückschreckt und mit Mitteln der Gewalt ihre politischen Ziele zu erreichen versucht. Jüngstes Beispiel sind die massiven Ausschreitungen zum AfD-Parteitag in Essen, in dessen Ergebnis mehrere Polizisten zum Teil schwer verletzt wurden.

In einem damaligen Kommentar auf ihrer Website äußerte sie sich unmissverständlich auch zu ihrer Stellung gegenüber der ANTI-FA : „Außerdem unterstütze ich ANTI-FA ... mit Spenden aus Bundestagsbezügen“. Sie war und ist möglicherweise immer noch Sponsorin des gewalttätigen Linksextremismus. Dieser Abschnitt ihres Kommentars wurde zu einem späteren Zeitpunkt von ihrer Website entfernt.

Mit dem Erstarben der AfD in Deutschland entstand in den Altparteien eine sichtliche Unruhe. Im Sommer 2022 erstellt Sahra Wagenknecht mit einigen Ande-

ren eine Studie, die sich intensiv mit den Wählergruppen auseinandersetzt, für die eine neue Partei interessant wäre. Zudem wurde analysiert, auf welche politischen Themen die meisten Wähler positiv reagieren.

Die meiste Zustimmung erhielt sie von Konservativen, skeptisch gegen Migration Eingestellten und Personen die allgemein unzufrieden mit der Politik in Deutschland sind. Zudem von Menschen, welche sich für höhere Spitzesteuersätze aussprachen und sich mehr staatliche Hilfe für schlecht bezahlte Jobs wünschten. Die auch nicht verstanden, warum man so viel Geld für Umweltschutz und Projekte auf der ganzen Welt investiert und Trans-Menschen mehr Rechte bekommen. Das alles zusammen, ist die klassische Wählergruppe der AfD. Aufgrund des Beliebtheitsgrades von Sahra Wagenknecht (insbesondere bei AfD Wählern), bot man ihr eine Plattform in den öffentlich rechtliche Medien, in welcher sie die in der Studie von 2022 analysierten Schwerpunkte immer wieder propagierte.

Die Altparteien und Medien merkten schnell, dass Sahra Wagenknecht eine redegewandte und telegene Politikerin ist, die eine neue Partei gründen wollte.

Vor Gründung des BSW lagen die Umfragewerte für die AfD bei über 20%. Die Hoffnung der Altparteien, als auch des BSW bestand darin, eine Schwächung der AfD zu erreichen.

Sahra Wagenknecht und die Bundestagsabgeordnete Amira Mohamed Ali betonten schon seit langem, „der AfD Stimmen abzunehmen“. Allein 2017 sind 400.000 Wählerinnen und Wähler der Linken zur AfD gewechselt.

Auch Katja Wolf (Co-Landesvorsitzende des BSW in Thüringen) sah in der Gründung der neuen Partei die einzige Chance, einen „Durchmarsch“ der AfD zu verhindern.

Das BSW verfügt zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch über kein eigenes Bundesprogramm (geplant für 2025). Auf lediglich 5 DIN-A4-Seiten ist zu lesen, was man sich politisch vornimmt.

Eines ist in all ihren Reden, ob im Bundestag oder bei Talkshows festzustellen: Sahra Wagenknecht versucht jedem, sein Stück Kuchen zu versprechen. Bei genauerer Betrachtung ist jedoch festzustellen, dass kaum Lösungswege aufgezeigt werden bzw. einige ihrer programmatischen Ziele realistisch nicht umsetzbar sind. Sie versucht die Profiteure der linken Flüchtlingsindustrie und die Konservativen, die, die Masseneinwanderung ablehnen, zu gewinnen.

In vielerlei Hinsicht gibt es Überschneidungen in den Zielen der AfD und BSW. Beide Parteien üben scharfe Kritik an der gegenwärtigen Bundesregierung und den etablierten Parteien. Sie werfen diesen vor, nicht im Interesse der Bürger zu handeln und

die Probleme des Landes nicht zu lösen.

Sowohl das BSW als auch die AfD sind kritisch gegenüber der Europäischen Union eingestellt. Die AfD tritt für eine starke Reduzierung der EU-Kompetenzen ein bzw. für einen Austritt Deutschlands aus der EU und Neugründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, das BSW kritisiert die aktuelle Ausrichtung der EU-Politik und fordert Reformen, die den Fokus auf soziale Gerechtigkeit legen.

Obwohl mit unterschiedlichen Ansätzen, setzen sich beide Parteien für eine Veränderung der Wirtschaftspolitik ein. Die AfD betont den Schutz nationaler Interessen und kritisiert die Globalisierung, während das BSW eine gerechtere Verteilung des Wohlstands und stärkere Regulierung durch den Staat will (große Unternehmen sollen verstaatlicht werden - DDR 2.0).

positiv gegenüber.

Zum Abschluss möchte ich dem Leser noch eines auf den Weg geben.

Mit dem BSW wird die Regierungspolitik genauso weitergehen wie bisher! Es hat die Funktion, das regierungskritische Lager zu spalten. Wie durch Frau

dann wären sie längst verboten.“ Am aktuellen Beispiel, wie Frau Wagenknecht Macht erlangen will, kann sich jeder Leser seine Meinung bilden.

Der Wahlrend für Thüringen sieht gegenwärtig wie folgt aus: AfD 28,6 %, CDU 22,4 %, BSW 20,4 %, LINKE 11 %; SPD 7 %.

Zwischen den Altparteien (im Besonderen der CDU) und dem BSW gibt es Absprachen zu den Landtagswahlen. So hat Frau Wagenknecht einen „Kuhhandel“ mit der CDU vereinbart. Ihre Bestrebung läuft voraussichtlich darauf hinaus, dass das BSW den Ministerpräsidenten von Thüringen stellen wird und das ist Frau Katja Wolf. (Interview - Magdeburger Volkszeitung).

Im Gegenzug unterstützt das BSW den Ministerpräsidenten von Sachsen, M. Kretschmer, damit dieser sein Amt weiter ausüben kann.



Es gibt noch eine Vielzahl weiterer Überschneidungen, auf welche ich jedoch nur kurz eingehe: Ein zentraler Unterschied liegt in der Einwanderungspolitik. Die AfD vertritt eine restriktive Einwanderungspolitik und spricht sich für eine Begrenzung der Zuwanderung und eine konsequente Abschiebung straffälliger Asylbewerber aus. Das BSW hingegen hat eine differenziertere Haltung und betont die Notwendigkeit einer humanitären Flüchtlingspolitik und steht einer Einwanderung

Wagenknecht schon geäußert, schließt sie eine Koalition mit der CDU nicht aus und lehnt eine Koalition mit der AfD ab.

Somit fungiert sie als Steigbügelhalter der CDU. Das muss jedem Wähler, der das BSW und im besonderen Sahra Wagenknecht wählt, bewusst sein. Hinzu kommt, dass sie zwar von den Wahlplakaten lächelt, jedoch zu keiner Landtagswahl antritt.

Kurt Tucholski sagte 1931:“ Wenn Wahlen etwas ändern würden,

Nach bisherigem Wahlrend, wird es in Sachsen nur noch drei Parteien geben, die AfD, die CDU und das BSW.

Somit stellt sich für jeden die Frage: “Was ist der Wählerwille noch wert?“ Es gibt für die Landtagswahlen, insbesondere im Osten nur eine Partei die eine Veränderung in der Politik für die Bürger bewirkt und das ist die AfD.



## Liebe Wähler in Frankfurt (Oder)!

Wir haben von Euch ein tolles Wahlergebnis bei der Kommunal- und Europawahl erhalten. Dadurch habt Ihr 13 AfD-Kandidaten ein Mandat als Stadtverordnete in Frankfurt (Oder) gegeben.

Wir sind die stärkste Kraft (13 von 46 Stadtverordnete machen Politik für Euch). Wir haben schon die ersten Zeichen gesetzt und zeigen, dass für uns der „Gesunde Menschenverstand“ das politische Handeln für Euch bestimmen wird.

**DANKE!**

## Wichtige Termine:

9. August 2024, Haupteingang Oderturm, Infostand 12 – 16 Uhr

16. August 2024, AfD-Großveranstaltung auf dem Marktplatz 1 in Frankfurt (Oder), 15 bis 18 Uhr

23. August 2024, Haupteingang Oderturm, Infostand 12 – 16 Uhr

30. August 2024, Brunnenplatz am Oderturm, Infostand 12 – 16 Uhr

6. September 2024, Haupteingang Oderturm, Infostand 12 – 17 Uhr

13. September 2024, Haupteingang Oderturm, Infostand 12 – 17 Uhr

20. September 2024, Haupteingang Oderturm, Infostand 12 – 17 Uhr



<https://www.facebook.com/watch/?v=327894903587954>



# Die wichtigsten Punkte im AfD-Regierungsprogramm für Brandenburg

## KEINE WEITERE EINWANDERUNG IN DIE SOZIALSYSTEME

Seit 2015 versprachen uns die Altparteien, dass mit der unkontrollierten Einwanderung das Fachkräfteproblem gelöst werde. Das war nachweislich nicht der Fall, sondern die Sozialausgaben steigen und steigen. Wir wollen verhindern, dass noch mehr Zuwanderung in die Sozialsysteme von den Altparteien akzeptiert wird. Weiterhin werden wir folgende Punkte bearbeiten:

- Umsetzung eines Aufnahmestopps für das Land Brandenburg.
- Kein Familiennachzug für Flüchtlinge/Geflüchtete/Zuwanderer etc. oder „Ankerkinder“, die vorgeschickt werden, um den Nachzug von Familienangehörigen zu begründen.
- Wiedereinreiseverweigerung an der Bundesgrenze bei anerkannten Asylbewerbern, die in ihrem „Verfolgerland“ Urlaub etc. durchsetzen.
- Bestandskräftig abgelehnten resp. ausreisepflichtigen Ausländern sind die Sozialleistungen auf ein Minimum zu kürzen und die dezentrale Unterbringung in Wohnungen aufzukündigen. Auf die Vollziehung der Ausreise muss sich konzentriert werden.
- Prüfung, ob die ehemalige JVA Frankfurt (Oder) durch das Land Brandenburg zurückgekauft werden kann, um sie dann als Abschiebezentrum für abgelehnte Asylbewerber nutzbar zu machen.

## INNERE SICHERHEIT

Zu den Kernaufgaben des Staates gehört die Garantie, die Öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Das passiert nachweislich immer weniger. Die Altparteien haben den Willen verloren, für Bürger ein verlässliches Sicherheitsgefühl zu schaffen.

- Der Polizeiberuf muss attraktiver gestaltet werden. Anhebung der Alimentierung (Bezahlung) auf das Niveau der Bundespolizei (mit Bayern die zweithöchste Bezahlung bundesweit).
- Umsetzung des Pilotprojektes Stadtpolizei in Frankfurt (Oder). Die Außendienstmitarbeiter des Ordnungsamtes sollen mit einer guten Ausbildung zu einer Art Stadtpolizei aufgewertet werden, um so mehr Polizei auf die Straßen in Frankfurt zu bringen. Sollte sich das bewähren, dann würde nach dem Vorbild in Frankfurt (Oder) das Modellprojekt auf ganz Brandenburg ausgeweitet.
- Aufbau einer Polizeistärke auf 9.500 Polizisten (Stand heute 8.233).
- Neue Polizeibeamte zu gewinnen ist schwierig. Deshalb soll mit modernster Technik die Polizei ergänzt werden. Denn die Polizei kann nicht überall sein. Zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung sollen Kamerasysteme mit Gesichtserkennung und Abgleich in den polizeilichen Fahndungssystemen Straftäter an der Bundesgrenze zu Polen und an gefährlichen Orten im Landesinnern erkennen und die Polizei automa-

tisch alarmieren. So werden die Bürger besser geschützt.

- Die Justiz wird über die Staatsanwaltschaften angehalten, Straftaten konsequent zu verfolgen und zur Anklage zu bringen. Viele Verfahren werden aus Kostengründen eingestellt.

## BILDUNG

Wir werden bei der Bildung keine Experimente mehr zulassen, ohne dass die Eltern und Lehrer einbezogen werden. Bildung darf kein Privileg sein, sondern es muss ein Bürgerecht werden.

- Einführung einer Vorschule in den letzten beiden Kindergartenjahren mit Bildungsplan.
- Konzentration der Bildung in der Grundschule auf Lesen, Rechnen, Schreiben und mehr Mathematik und Deutsch. Der Grundwortschatz eines Kindes muss angehoben werden.
- Leistungsprinzip wieder einfordern und schon in der Grundschule wiederbeleben. Fördern und Fordern ist wieder zu berücksichtigen.
- An Gymnasien geht man wieder zurück zum Abitur nach 13 Schuljahren.
- Politische Bildung muss wieder neutral sein, Verbot der Sexualpädagogik an Grundschulen und Kindergärten.
- Das Gendern wieder zurückdrängen und aus Schulen und Universitäten verbannen.
- Feuerwehr macht Schule flä-

chendeckend an den Oberschulen und Gymnasien einführen, um die Fähigkeiten der Schüler im Brand- und Katastrophenschutz zu verbessern.

- Lehrermangel beseitigen und aufwerten.
- Obergrenzen in den Schulklassen schaffen, wo der Anteil der ausländischen Kinder begrenzt wird. Die Kinder müssen ausreichende Deutschkenntnisse haben, um als Schüler zugelassen zu werden. Ansonsten müssen vorher Sprachkurse belegt werden.
- Dem zunehmendem Islamismus an Schulen wird konsequent entgegengetreten: Verbot von religiösen Symbolen an Schulen, z. B. Durchsetzung des Kopftuchverbotes.
- Einführung von Studiengebühren für Studenten aus Drittstaaten, um die Finanzierung der Universitäten zu verbessern. Derzeit kostet der Hochschulbetrieb ca. 500 Mio. Euro und das ist immer noch unterfinanziert.

• Der Gebrauch der Deutschen Sprache ist in der Wissenschaft wieder zu fördern. Dazu gehört auch die Rückkehr zu Magister und Diplom. Die sog. Bologna-Reform hat die deutsche Studienqualität vermindert.

### FREIE WIRTSCHAFT IN EINEM SICHEREN LAND

Durch Masseneinwanderung und Energiewende wird das Land Brandenburg immer weiter wirtschaftlich zurückgeworfen. Die Infrastruktur kann wegen der Masseneinwanderung nicht mithalten. Es fehlen Polizisten, Wohnungen, Arbeitsplätze, Lehrer etc. Durch die hohen Energiepreise verlassen Deutschland immer mehr Unternehmen - so auch in Brandenburg. Wir wollen

- Industrielle Kerne im Land sichern, das bedeutet z. B. raus aus dem „Grünen Wasserstoff“. Wenn die Milliarden Euro Subventionen nicht mehr fließen, dann verlässt die Stahlindustrie Eisenhüttenstadt. Keine ideologische Transformation und grüne Planwirtschaft mehr.
- Sonderwirtschaftszonen einrichten, dies bedeutet für Frankfurt (Oder), den Gewerbesteuersatz massiv herabsetzen.
- Massiv in Zukunftsindustrie investieren und Technologiefreundlichkeit bei den Menschen wecken.
- EU-Vorgaben und Eingriffe der Bundespolitik in die Wirtschaft kritisch hinterfragen und ggf. nicht umsetzen.
- Kein sog. „Green Deal“ oder „Fit for 2055“ in Brandenburg. Es muss der gesunde

Menschenverstand wieder das Leitmotiv sein.

### FAMILIENPOLITIK

Wir müssen der aufkommenden demografischen Katastrophe entgegenwirken. Nicht die unkontrollierte Einwanderung löst das Problem, sondern die Vereinbarkeit von Karriere im Beruf und Familie mit Kindern. Eine Willkommenskultur für Kinder - statt für Flüchtlinge. Auch das Thema Abtreibung muss hinterfragt werden. 2022 gab es noch 19.029 Lebendgeburten und 3.113 Abtreibungen. Im Jahr 2023 waren es noch 15.887 Lebendgeburten und 3.341 Abtreibungen im Land Brandenburg. Hier muss die Politik eingreifen.

Wir wollen der steigenden Zahl der Abtreibungen, die zu 97 % auf von Zukunftsängsten der Frauen beruhen entgegengetreten, und zum Beispiel mit der verbesserten anonymen Geburt und vereinfachter Adoptionen ungewollten schwangeren Frauen helfen.

Auch wollen wir

- Die Kinderfreibeträge massiv erhöhen, um die ungeheuerliche Steuer- und Abgabenlast zu senken.
- Die Betragsgerechtigkeit bei Kranken und Pflegeversicherung an der Kinderzahl des Beitragszahlers orientieren.
- Die Ausgaben für Kinder steuerlich absetzbar gestalten, insbesondere externe Betreuungskosten, Mehrwertsteuer auf Kinderkleidung etc.
- Anrechnung von Rentenbeiträgen ab dem ersten Kind, sogar Rückzahlungen von Rentenbei-



trägen sind denkbar, wenn mehrere Kinder in der Familie geboren werden.

- Einführung von Familiendarlehen: Das Darlehen wird mit jedem Kind, das in die Familie hinein geboren wird, abbezahlt.
- Familienfreundlichkeit fördern: Die Besetzung von Führungsfunktionen (zunächst in öffentlichen Betrieben) nur an Mitarbeiter geben, die auch für Kinder verantwortlich sind.
- Homeoffice – das Arbeiten von Zuhause, um die Kinderbetreuung besser zu ermöglichen, sollte gefördert werden (insbesondere die zeitweise Betreuung wegen der Erziehungszeit muss sich nach den Eltern richten).

### HEIMAT BEWAHREN: TIERE UND UMWELT SCHÜTZEN

Wir lehnen den ungezügelten Ausbau der Wind- und Solarindustrie im Land Brandenburg ab. Windindustrieanlagen verunstalten ganze Regionen. Ohne Rücksicht auf die Bürger werden die Windkraftanlagen immer näher an die Wohnbevölkerung herangebaut. Sogar Wälder werden dafür geopfert. Photovoltaikanlagen sollen zukünftig nur noch in bereits versiegelten Flächen zugelassen werden. Vor dem Hintergrund der massiven Reduzierung von Insekten und Vögeln durch die Windkraftanlagen muss der Ausbau weitgehend gestoppt werden.

Darüber hinaus wollen wir:

- Die Landwirtschaft schützen und stärken, so dass sie von der Landwirtschaft leben können (EU- und Bundesvorschriften kritisch hinterfragen und ggf. nicht umsetzen).
- Förderung lokaler Erzeuger mit regionalen Produkten über spe-

zielle Vermarktungsstrukturen.

- Herstellung der Ernährungssouveränität auf Grundlage einer regionalen Lebensmittelproduktion.

### SENIOREN UND GESUNDHEIT

- Die Gesundheit kann nicht privatisiert werden. Sie gehört auch zur Daseinsvorsorge des Staates. Das Land Brandenburg muss bei der Ansiedlung von Arztpraxen mehr steuernd eingreifen und so die ärztliche Versorgung flächendeckend herstellen.
- Wir wollen, dass Brandenburg die Gesundheitsversorgung als Motor für die Entwicklung nutzt. Die Gesundheitsbranche bietet Beschäftigungsmöglichkeit für über 150.000 Bürger. Wir wollen die Forschung ankurbeln und mehr Studienplätze an den Universitäten und Hochschulen schaffen.
- Die Pflegeberufe stärken und die Personalengpässe in der Pflege müssen gelöst werden.
- Wir werden die Schließung von Krankenhäusern verhindern.
- Keine Impflicht!

### SENIOREN

Wir setzen uns für einen würdevollen und respektvollen Umgang mit unseren Senioren ein. Dazu gehört auch die Bekämpfung der Verschwendungssucht in der sog. Sozialindustrie (u. a. Wohlfahrtsorganisationen). Wir werden die durch die Altparteien geschaffenen Strukturen, wo das Parteibuch mehr zählt als die Qualifikation durchforsten und politisch motivierte ineffektive Strukturen brechen. Der Landesrechnungshof wird uns dabei unterstützen. Darüber hinaus werden wir das

Wohngeld speziell für die Senioren erhöhen und auf die Senioren zugehen bei der Antragsstellung. Nicht die Senioren müssen den Antrag stellen, sondern die Verwaltung muss auf die Senioren zugehen.

Der Bereich sozialer Wohnungsbau muss in den Fokus der Politik gestellt werden. Auch durch das konsequente Abschieben von Ausländern wird Wohnraum geschaffen.

Wir werden auch für mehr Vernetzung zwischen jungen Bürgern und Senioren durch eine sog. Seniorenakademie sorgen. Dort können sich Junge und Bürger im Rentenalter durch gemeinsame Projekte austauschen und helfen. Diese Tätigkeiten werden steuerfrei gestellt.

Hier ist der LINK/HINWEIS für das vollständige Landtagswahlprogramm (70 Seiten).

<https://afd-brandenburg.de/regierungsprogramm-landtagswahl-2024-wahlprogramm/>

und als QR-Code



## Verhalten OB Wilke – Innenministerium reagiert nicht!



Am 26. Mai 2024 fand die zweite Demonstration gegen „RECHTS-EXTREMISMUS“ statt. Allerdings haben die Veranstalter unter der Führung eines linken Stadtverordneten als Hauptgegner die AfD postuliert. Der Veranstalter wünschte u. a. keine Nationalflaggen oder Symbole. Wir als AfD Frankfurt (Oder) zeigten mit Deutschlandflaggen Haltung und äußerten unseren Unmut, dass bei den Linken und deren Mitläufern unkommentiert viele Antifa-Fahnen und Symbole zu sehen waren. Außerdem lief der amtierende Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder) hinter den Antifa-Fahnen hinterher. In der Zeitung bekräftigte er, dass er das Grundgesetz gegen demokratiefeindliche Kräfte verteidigen wolle. Wie das mit den Antifa-Symbolen gehen soll, wollte oder konnte der OB nicht beantworten. Er betonte lediglich, dass er privat an der Demonstration teilnehme. Wir als AfD sehen da ein außerdienstliches Fehlverhalten.

Herr René Wilke bekleidet ein wichtiges politisches Amt und muss somit auch sein außerdienstliches Verhalten danach

ausrichten. Er ist der Dienstvorsetzte von fast 1.000 Mitarbeitern der Verwaltung in Frankfurt (Oder). Somit hat er eine Vorbildfunktion und kann sich als Privatmann nicht erlauben, verfassungsfeindliche Symbolik durch sein Verhalten aufzuwerten. Einer öffentlichen Distanzierung kam er auch nicht nach. Obwohl die Antifa-Flagge auf Seite 136 des Verfassungsschutzberichtes 2023 ausdrücklich vermerkt wurde.

Infolgedessen erhielt am 28. Mai 2024 Herr Innenminister Stübgen schriftlich eine Vorlage zur Prüfung über die Einleitung von disziplinarischen Maßnahmen.

Die Antwort des Innenministeriums kam schnell und kurz gefasst an unseren Landtagsabgeordneten.

Für das Innenministerium war kein Fehlverhalten erkennbar. Zitat: "Der Sachverhalt wurde von der zuständigen Stelle geprüft. Er bietet keinen Anlass zu disziplinarrechtlichem Handeln des Ministeriums des Innern und für Kommunales, da dem Oberbürgermeister vorliegende Handlungen Dritter nicht zugerechnet werden können."

Dazu unser Landtagsabgeordneter Wilko Möller:

Mit anderen Worten, der sog. Oberbürgermeister macht sich die Symbolik der Antifa-Flaggen und linksextremistischen Banner nicht zu Eigen. Somit ist das aus Sicht des Ministeriums völlig in Ordnung. Wenn aber ein AfDler resp. Funktionsträger der AfD auch nur in der Nähe einer Schwarz-Weiß-Roten Flagge gesehen wird, dann kommt der Verfassungsschutz zum Zuge. Was ist das für eine Rechtsprechung? Es zeigt sich die Aberwitzigkeit des Verfassungsschutzes, der dem Innenministerium unterstellt wurde. Wir werden das ändern!

Die Antwort des Ministeriums können Sie dem QR-Code entnehmen.

